

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Postbestellung ohne Zustellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Kreuzband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Preisverzeichnisse für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Kreisverleger: Kurt Rodden 2655 und 2656.

Abbestellen ist bis zum 1. Juli d. J. möglich. Die Abbestellung muss spätestens am 30. Juni d. J. bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10. Kreisverleger: Kurt Rodden 2655 und 2656.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortdauer des Verteilungsstreits.

Ablehnung von Verhandlungen.

Von der Streikleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erfahren wir:

In der Funktionärskonferenz am Dienstag vormittag erstattete der Generalsekretär Schulz Bericht über die Verhandlung im Ministerium. Er berichtete: Mit leeren Händen habe ich wieder von dem. Mir ist vom Ministerialrat Deese erklärt worden, daß jeder Versuch, neue Verhandlungen anzubahnen, von der Regierung abgelehnt wird, da weitere Zugeständnisse, wie sie bereits gefordert sind, nicht erfolgen werden. Weiter sollte Schulz mit, daß die Regierung die Rückkehr der Arbeiter in die Betriebe verlangt, an ihr sonst die Erfüllung der Hauptwünsche noch „Ersparnisse“ verhandelt wird. Die Aufhebung dieser Maßnahmen rief gewaltige Entrüstung hervor. Es wurde dann noch von den Funktionären förmlicher Druck auf ein früheres Einlenken geübt, der dahinging, daß der Streik noch unverändert fortbesteht.

Beschlossen wurde außerdem noch, im Streik zu verharren, bis sämtliche Forderungen erfüllt sind. Um der Situation gerecht zu werden, findet Mittwoch vormittag 10 Uhr in den Betrieben eine geheime Abstimmung zur Festlegung der Weiterführung des Streiks statt. Nach dieser Geheimabstimmung soll wieder eine Funktionärskonferenz am Abend des Abstimmergebnisses den endgültigen Beschluß fassen. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die beim Reichsgerichtshof die Aufhebung der inhaltlosen Kollektiven herbeiführen soll.

Ein neuer Erlass an die Eisenbahner.

Der Minister des öffentlichen Verkehrs, Deese, erläßt folgende Bekanntmachung:

Den Wünschen der Eisenbahner folgend stellt die Regierung wertvolle Anreizmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 15 Millionen erfordern und dem gesamten Volk zugute kommen. Damit hat so das Verkehrsgesetz, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Es wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die „Agonizierende Welt“ das Volk dies noch irgendwie erlaubt.

Die Demokratisierung der Eisenbahnerverwaltung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem geltenden Gesetz. Durch die Einlösung der Betriebskräfte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Verkehr sein wichtigstes Element einverleibt.

Alle Eisenbahnerorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben viele Kreise des Personals wiederholt erklärt, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde, sobald der Streiklerlaß des Reichsverkehrsministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit nicht eingeschränkt fühlen, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zustimmung ist der Erlass aufgehoben worden.

Trotzdem wird der Streik fortgesetzt.

Wichtig ist dabei, daß die Arbeiter große Reserven haben, daß die Eisenbahner trotz aller Schwierigkeiten die Lage der Eisenbahnenverwaltung verlässlich geben. Und die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Arbeiter nach Berlin kommen wegen der Betriebsrückstellung auf den Bahnhöfen und Straßen. Wegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weiten Strecken unterwegs zum Stillstand gekommen. Es müssen wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen, die sich unterwegs verfaulen, Eisenbahnen verderben. Der Streik würde aber auch verhindern, daß die vorbereitete Entlastung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbleibenden Nationen allseitig und rechtzeitig durchgeführt werden können. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionen-Großstadt Berlin, sondern auch der gesamte Volkswirtschaft und Industrie bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge der unglücklichen Ausgangs des Krieges befindet, muß jetzt das Wirtschaftliche Leben unbedingt und mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren. Schwere Verantwortung ruht auf allen, die sich nicht dafür bemühen, die Maßnahmen des Reichsgesetzes mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Beamtenklasse ist als zum überwiegenden Teil ihrer Pflichten gegenüber dem Volkstum bewußt und berufen, gemein-

sam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren.

Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es mit mir nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Pflicht empfinden, sich auf ihnen lastenden seelischen Druck zu erheben, wenn sie nunmehr folgendes bestimmen:

Arbeiter, die nicht bis spätestens am Donnerstag, den 3. Juli, ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen.

Wenn es erhalten Beamte, die nicht bis zum gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen.

Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge zu tragen.

Zu diesem Erlass bemerken wir, daß seine Behauptung, der Streiklerlaß des Reichs sei aufgehoben, unrichtig ist. Die Aufhebung dieses Erlasses ist zwar zugesagt, aber diese Zusage ist nicht gehalten worden. Denn die Aufhebung des Erlasses kann ebenso wie die Verkündung nur durch eine förmliche Verordnung geschehen. Diese ist aber bis heute nicht erlassen worden wie unter die obigen Bedingungen wiederholte Feststellung von den amtlichen Stellen trotz allen Dementierversuchen bisher mit eiserner Zähigkeit behandelt worden ist. Daher sind die Forderungen des Herrn Ministers falsch und auch die Vorwürfe gegen die Eisenbahner unberechtigt.

Die Stimmung im Lande.

Protest gegen den Streik-Erlass.

Eine Konferenz der U. S. D. für den Bezirk Halle nahm am vorigen Sonntag nach einer Aussprache über die politische Lage einstimmig folgende Entschließung an:

„Der heute im Reichstag beschlossene Erlass des Reichsverkehrsministeriums über den U. S. D. protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den jüngsten Erlass des Reichs, der streikenden Arbeitern und Beamten ihr gesetzlich garantiertes Recht zum Streik in besperrter Weise mit einem Verbot zu verweigert. Dieser Erlass ist ein Verstoß gegen die Freiheit der Arbeiterklasse. Er wirkt um so empfindlicher, als sein Urheber ein ehemaliger Arbeiter ist. Der sich Sozialdemokrat nennende Minister Deese hat mit diesem Erlass selbst die realistischen Maßnahmen der früheren sozialistischen Regierung in den Schatten gestellt.“

Die provozierte deutsche Arbeiterklasse wird auch den für sie schädlich sein sollenden Regierungserlass so verurteilen, daß er auf seine Urheber und die herrschende Klasse zurückprallt. Durch nicht wird sich die Arbeiterklasse einschüchtern lassen, ihr von der Gutwilligkeit der Regierung zu erweisen und ihre in den Weg stehende Hindernisse mit allen geeigneten Mitteln zu beseitigen müssen.“

Nach einem Vortrag über die bevorstehenden Wahlen zum Provinzialparlament wurde eine an die preussische Landesversammlung zu richtende Entschließung angenommen, die sich gegen den von der Regierung hierzu vorgeschlagenen Gesetzentwurf wendet.

Streikende in Magdeburg.

Magdeburg, 1. Juli.

Der 14tägige Streik in der Magdeburgerischen Metallindustrie wurde heute für Donnerstag für beendet erklärt. Die Forderungen der Arbeiter sind zum Teil erfüllt worden.

Arbeiter!

Trotz der berechtigten Erregung müßt ihr kaltes Blut und ruhige Besonnenheit bewahren. Laßt Euch nicht provozieren! Weicht die Nähe der Regierungstruppen, beteiligt Euch an keinen Zwischenspielen! Laßt den Verkehr ungestört sich abwickeln!

Die Spitzelpolitik.

Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß die Erregung und Nervosität, aus der allein die Maßnahmen der Regierung erklärlich sind, durch allerhand Spitzelnachrichten hervorgerufen wurden.

Früher wußten Sozialdemokraten, was von solchen Nachrichten zu halten war. Sie hielten die sozialistischen Abgeordneten im Reichstag, wenn Quittner und seine Nachfolger mit solchen Verweismitteln operieren wollten. Mit Recht wiesen sie darauf hin, wie solche Berichte zu Stande kämen, wie die dunklen Ehrenmänner weder moralisch noch intellektuell befähigt seien, politische Vorgänge richtig zu schildern, wie sie aber vor allem mit Absicht, um ihr Auftraggeber zu befriedigen, entstellen, lügen und über-treiben.

Neben vielen anderen haben die Regierungssozialisten auch das vergessen, und heute ist ihre Politik diktiert nicht durch ihre Einsicht, sondern durch die ihrer Spitzeln.

In der Ulstein-Presse wird nun ein Extrait dieser Spitzelnachrichten gegeben und ausdrücklich als die Auffassung der zuständigen Stellen bezeichnet. Er ist so interessant, daß sich seine Wiedergabe lohnt:

Nach dieser Auffassung ist der Verteilungsstreik in Berlin der Vorläufer eines Generalstreiks, der mit der Ausrufung der Räterepublik einigen soll und für den die Vorbereitungen schon seit Monaten betrieben werden. Ursprünglich war der 10. Mai für den Beginn des Generalstreiks in Aussicht genommen. Und so sicher sind damals Unabhängige und Kommunisten die Hand in Hand miteinander gearbeitet haben, läßt sich folgern, daß die Führer der Unabhängigen in einer geheimen Beratung in einem Hause in der Seitenstraße der Ministerialbüro für die künftige Räterepublik und die Resolutionen mit dem Regierungsprogramm festgelegt haben. Der Termin hat nicht eingehalten werden können, er wurde auf den Tag der Vertreibung der Frau Hof-Lugemburg und später auf einen Tag verschoben, an den die Regierung Scheidemann ihre endgültige Stellungnahme zu den Friedensbedingungen erklären würde. Gegenüber der zu erwartenden Entschcheidung der Regierung war aber die Auffassung von Unabhängigen und Kommunisten nicht die gleiche. Die Unabhängigen, die mit stürklichem Nachdruck für die Unterzeichnung eintraten, wollten damit, daß das Reichsministerium sie ablehnen werde und wollten die Ablehnung mit einem Generalstreik unter der Parole „Für den Frieden“ beantworten. Die Kommunisten haben dagegen damit geschwiegen, daß die Regierung schließlich doch unterzeichnen werde. Aber gerade die Unterzeichnung mußte, in Kontrast ihrer ganzen bisherigen Haltung, für sie das Signal zum Ausbruch bedeuten. Es ist schwer zu sagen, weil diese Entschlüsse nichts desto weniger zu Tage treten, wie weit solche kommunistische Umgehungen und Umstände hinter der wertvollen Tendenz zum Generalstreik stehen. Aber sichtbar ist auch heute wieder der Gegensatz innerhalb der Partei der Unabhängigen, bezüglich der Haltung gegenüber den Kommunisten.

Bislang dem rechten Flügel der Unabhängigen und dem linken, der zu den Kommunisten neigt, haben sich neue tatsächliche Differenzen ergeben. Diese und die Reinen wollten den für den Fall der Ablehnung des Friedensvertrags vorbereiteten Generalstreik abgeben. Aber die Anhänger der linken forderten jetzt gemeinsam mit den Kommunisten, da nun einmal die Vorbereitungen getroffen seien, auch die künftige Wahrung der Sache des Generalstreiks und seines Losschlagen. Dann einige Wochen nach dem Friedensschluß würde sich durch die erhöhten Lebensmittelpreise und durch die Entlastung der Lebensmittelpreise die Stimmung in der Arbeiterklasse vielleicht geändert haben. Tatsache ist, daß seit ungefähr 14 Tagen die sogenannte Reichsvertretung der Unabhängigen Partei in Berlin verammelt ist, um die Einzelheiten des Generalstreiks im ganzen Reich zu beraten, und daß die Reichsvertretung solange in Berlin verammelt sein wird, bis der Gesamtverband der U. S. D. die Parole zum Eintritt in den Generalstreik gibt und die Vertrauensmänner in ihre Bezirke zurückkehren können, um dort das Stichwort für die Arbeitniederlegung in allen Betrieben zu geben. Von dieser Reichsvertretung ist ein zwölfköpfiger Hauptausschuß eingesetzt worden, der aus drei Mitgliedern des Hauptverbandes, drei Mitgliedern des Groß-Berliner Verbandes, drei revolutionären Arbeitern und drei anderen Mitgliedern besteht. Dessen Hauptauftrag war die Aufhebung der Regierung, nach dem erfolgten Sturz der Regierung als provisorische Regierung der Räterepublik in Aktion zu treten.

Selbst zur Durchführung des Umsturzes war genügend vorhanden. Die Reihen der Unabhängigen und Kommunisten, die vor einem Vierteljahr noch eine bedenkliche Höhe erreicht haben, sind seither hart aufgestellt worden. Ob, wie es

knipfel wird, das Geld aus Rußland oder aus Ungarn her nur aus Deutschland stammt, wozu man natürlich nicht geneigt ist.

Verdorben ist die große Aktion durch das frühzeitige Späb rechnen der Bewegung in Hamburg, infolge der Ungebild der linken Unabhängigen und der Kommunisten. Statt eines Generalstreiks in ganz Deutschland sind nur Teilstreiks bei der Eisenbahn und heute der Verkehrskreis in Berlin ausgebrochen. Man darf es den Führern des rechten Flügel der Unabhängigen glauben, daß sie es aufrichtig meinten, als sie gestern abends in den Massenversammlungen der Unabhängigen sagten, daß sie kein Interesse an Teilstreiks hätten, daß im Augenblick ein Generalstreik nicht durchführbar sei, und daß sie deshalb die Arbeiter aufforderten, ihre Kräfte aufzusparen, bis der richtige Zeitpunkt für die Proklamierung der Diktatur des Proletariats gekommen sein werde.

Jetzt wissen unsere Genossen endlich, was sie für Pläne haben, und wir denken, sie werden recht stolz sein, zu vernehmen, daß wir gefährliche Leute sind!

Leider hat die Besichte auch ihre ernsthafteste Seite, und es lohnt sich schon, an diesem Weibchen ernsthaft zu zeigen, wie ein solcher Bericht fabriziert wird, wie durch phantastische Ausschmückung einzelner Vorkommnisse und durch Verbindung von Dingen, die miteinander gar nichts zu tun haben, schließlich eine Schauermärz zustande kommt, die bei naiven Leuten beinahe den Eindruck der Wahrheit machen kann.

Einige Beispiele: Die „geheime Beratung“ der Führer der Unabhängigen hat stattgefunden, und sogar wirklich in einem Haus in den Besten, nämlich im Loge der Vollzugsrats, wo bekanntlich nicht nur Unabhängige, sondern auch Rechtssozialisten ihre Bureaus haben. Damals wurde die Einsetzung von Kommissionen beschlossen, die Erläuterungen zu unserem Programm auszuarbeiten haben, und so geheim war alles, daß das Resultat dieser Besprechung in der „Freiheit“ und in der übrigen Parteipresse veröffentlicht wurde. Daraus macht Epipel die Festlegung der Ministerliste für die künftige Rätepublik und der Proklamationen mit dem Regierungsprogramm.

Am 19. Mai kam der Generalstreik nicht zum Ausbruch, und ebensowenig am Tag der Besetzung Rosa Luxemburgs — aus dem sehr einfachen Grunde, weil kein Mensch damals daran gedacht hat. Was ist aber mit dem Generalstreik am Tag der Nichtunterzeichnung des Friedens? Auch der ist Phantasie. Die Unabhängige Sozialdemokratie war geschlossen der Ansicht, daß der Zeitpunkt der Nichtunterzeichnung der Denkschrift ungünstigste für einen Generalstreik wäre. In den Kreisen der Partei war man vielmehr der Ansicht, daß die Folgen der Nichtunterzeichnung der Denkschrift die Generalstreik würde war bis und da einmal als Möglichkeit erwähnt, wurde aber allgemein zurückgewiesen.

Das Glück an dieser Epipel'schen Fiktion ist, daß sie wirklich eine gewisse politische Bedeutung gewonnen hat, indem in Weimar von Rosa und anderen mit ihr bei den Regierungsparteien gearbeitet wurde, um die Stimmung für die Unterzeichnung zu verstärken. Es wurden sogar alle möglichen Einzelheiten nicht nur über den Generalstreik, sondern auch über den angeblichen bewaffneten Aufruhr kolportiert.

Epipel erzählt nun von Differenzen zwischen dem rechten und linken Flügel der Unabhängigen; die Anhänger Barths sollen jetzt für schleunigste Durchführung des Generalstreiks sein. Dazu ist seit ungefähr 14 Tagen die sogenannte „Reichsvertretung“ der unabhängigen Partei in Berlin veranlagt, und sie bleibt hier, bis das Ständewort gegeben werden soll. Und diese Reichsvertretung hat noch einen zwölfköpfigen Ausschuss eingesetzt; die künftige provisorische Regierung.

Stellen wir demgegenüber wieder die Tatsachen fest. Eine Reichsvertretung gibt es überhaupt nicht. Dagegen hat am 22. und 23. Juni eine Reichskonferenz stattgefunden; zur besseren Geheimhaltung hat sie am Sonntag in einem ganz verborgenen Lokal getagt, nämlich im — Herrenhaus, und am Montag im Abgeordnetenhaus. In der „Freiheit“ ist bereits gemeldet worden, daß sie darin völlig übereinstimmend beschlossen, daß nach dem großen moralischen Erfolg, den die Partei eben mit der Durchführung ihrer Friedensparole erlangt und angesichts der gegenrevolutionären Provokationstaktik es Pflicht der Arbeiter sei, kaltes Blut zu bewahren und sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen. Am Dienstag sind die Teilnehmer bereits nach Hause gefahren. Ein „Hauptauschuss“ wurde nicht gewählt. Versprochen wurde die Schaffung eines Beirats, der ein engeres Zusammenwirken zwischen der Parteileitung und den Rätevertretern einerseits, zwischen der Berliner Zentrale und den Genossen aus dem Reich andererseits soll. Beschlüsse, die die Partei binden, kann natürlich nur die Parteileitung fassen. Epipel macht daraus eine permanente Tagung und die Bildung der provisorischen Regierung. Natürlich ist Geld in Massen vorhanden, und das ist die einzige Lüge, von der wir bedauern, daß sie nicht wahr ist.

Nominal ist es nun, wie Epipel sich vorstellt, daß der Plan vereitelt wurde. Der Epipel wird pfiffig. Er muß gleichzeitig beweisen, daß alles für den Generalstreik und die Errichtung der Rätepublik bereit war, und zugleich, daß Hamburg, der Eisenbahnstreik und der Straßenbahnstreik ebenfalls von den „politischen Drahtziehern“ verschuldet ist. Nun liegt die Frage nahe, warum nicht der Ausbruch dieser Streiks sofort dazu benutzt worden ist, um die Bewegung zum Generalstreik zu erweitern. Dazu dient eben die Erfindung der Differenzen zwischen links und rechts, wobei nur der Umstand rätselhaft bleibt, wozu eigentlich die Unabhängigen schon die provisorische Regierung eingesetzt haben, wenn sie zum größten Teil die Aktion für unangebracht halten.

Auf solche phantastischen Lügenberichte stützt sich nun die Regierung. Deshalb versucht sie, statt ruhig und sachlich zu verhandeln, es mit den „äußersten Maßregeln“, bringt dadurch neue Erregung und neue Konfliktsstoffe, wie z. B. durch die lächerliche Verhaftung Emons, in immer weitere Kreise und vergrößert so fortwährend die Situation. Wir möchten der Regierung sehr eindringlich sagen, daß sie doch Vernunft annehmen und sich nicht von Epipel'schen Fiktionen leiten lassen soll. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat aus sehr ernstlichen Gründen und aus sehr triftigen Erwägungen ihren stets wachsenden Einfluß auf die proletarischen Massen dazu verwendet, um die Arbeiterklasse von jedem unbegründeten Vorgehen abzuhalten. Die Unabhängige Sozialdemo-

kratie denkt in den gegenwärtigen Zeiten nicht daran, diese ihre Taktik zu ändern.

Aber die Regierung soll es den Arbeitern nicht gar zu schwer machen, ihre Ruhe zu bewahren. Sie läßt sonst eine ungeheure Verantwortung auf sich. Es ist unverantwortlich, auf Grund der erlogenen Epipel'schen Nachrichten Maßnahmen zu treffen, die die Erregung fortwährend steigern müssen. Herr Bauer möge endlich seinen Verstand zusammennehmen und sich sagen, daß es so nicht weitergehen kann. Mit den Streikenden muß verhandelt werden, ehrlich und anständig und mit dem Willen zur Verständigung! Und Herr Bauer muß dafür sorgen, daß diese Verhandlungen nicht gestört werden durch Elemente, die offenbar die Arbeiter provozieren wollen, weil sie die Stunde zum Losstehen für sich gekommen glauben.

Zur Arbeiterklasse aber und insbesondere zu der Berliner haben wir das feste Vertrauen, daß sie die politische Situation erkennt und ihren Gegnern nicht Weichen gibt, der revolutionären Bewegung schweren Schaden zuzufügen. Es ist heute und jetzt Pflicht jedes revolutionären Arbeiters, durch Ruhe und Besonnenheit die Gegner matt zu legen. Die Arbeiter dürfen sich nicht durch ein herausforderndes Benehmen der Truppen provozieren lassen, und sie dürfen ihren Sympathien mit den Streikenden nicht durch Handlungen Ausdruck geben, die den Vorwand zum „Ordnungsmachen“ liefern. Den Streikenden wird am meisten genügt, wenn sie ihre Sache mit Ruhe und Besonnenheit führen. Wer heute anders handelt und Provokationen herbeiführt, handelt nicht im Interesse des Proletariats und der revolutionären Sache!

Neue Verfassungen des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat ist gestern nachmittag wiederum von der Polizei beimgejagt worden. Gegen 3/4 Uhr kamen zwei Kriminalbeamte vom Polizeipräsidium, die dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps zugeteilt sind, in deren Auftrag, um nach einem Mitglied des Vollzugsrats und nach einer Telephonistin zu forschen, von der die Beamten nur den Vornamen wußten. Angeblich sollten diese beiden Personen nur zur Vernehmung geladen werden. Aber auf die Frage des Schriftführers Wegmann, was doch um diese Verhaftung nicht schriftlich erfolgt, man doch wenig einsehen sei, erhielt er die Antwort, man wolle die beiden Personen eventuell gleich mitnehmen, damit sie ungehindert durch die militärische Ebene kommen könnten. Selbstverständlich lehnte es der Genosse Wegmann entschieden ab, den Beamten irgendwie bei der Nachforschung von Angaben beizustehen, die aus der Verpöbelung des Telefons des Vollzugsrats entstehende sind, worauf sich die beiden Beamten unverrichteter Sache wieder entfernten.

Die Bankbeamten zur Verhaftung Emons.

Der in der Montagversammlung der Bankbeamten angekündigte Proteststreik gegen die Verhaftung des Führers Emons ist gestern nicht zur Ausführung gekommen, da zunächst die Gründe für die Verhaftung festgestellt werden sollten. Sollte die Vermutung der Anwohner, daß Emons verhaftet worden sei, um die Bewegung der Bankbeamten zu hemmen, zutreffen, so würde die gesamte Angestelltenchaft nicht bloß in Berlin, sondern im ganzen Reich geschlossen in den Proteststreik eintreten.

Es ist vollkommen klar, daß die Gegner Emons nicht so töricht sein werden, ihre wahren Absichten öffentlich zu enthüllen. Aber die blühende Presse bringt bereits spaltenlange Verleumdungen gegen Emons. Doch die Bankbeamten sind nicht so naiv, sich dadurch irreführen zu lassen.

Am 3. Juli sollen die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss über den Reichstaxi fortgesetzt werden. Der unparteiische Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Wulf, hat zugesichert, sich dafür einzusetzen, daß Emons zur Teilnahme an den Verhandlungen entlassen wird.

Gegenüber den Veröffentlichungen von amtlicher Stelle, in denen behauptet wird, daß Emons eine umfangreiche Tätigkeit im Interesse der kommunistischen Bewegung entfaltet habe, wird uns vom Vorstande des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten folgendes mitgeteilt:

Wir sind nach unserer Kenntnis der Dinge in der Meinung, daß die gegen Emons erhobene Anklage auf Hoch- und Landesverrat auf Grund des vorhandenen Aktenmaterials zu keiner Verurteilung führen kann. Von einer kommunistischen Propaganda Emons ist uns nichts bekannt geworden. Bei der außerordentlichen Belastung Emons mit Verbandserhalten dürfte ihm zu solcher Tätigkeit auch kaum die Zeit zur Verfügung gestanden haben. Wir sprechen deshalb die Hoffnung aus, daß nach weilerer Klärung der Sachlage mit einer Haftentlassung des Beschuldigten gerechnet werden darf. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Haftentlassung für die ungeführte Wiederannahme der auf den 3. d. M. angelegten Tarifverhandlungen im Schlichtungsausschuss, deren Unterbrechung nur dazu beitragen würde, die außerordentliche Erregung der Bankangestelltenchaft noch zu steigern. Die Masse der Angestellten ist nach wie vor der Meinung, daß die wahren Beweggründe, die zur Verhaftung ihres Führers führten, die einzigen sind, welche die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und andere Blätter offen ausgesprochen haben. Wenn etwas zur Beruhigung der erregten Gemüter noch beitragen kann, so wäre es nur die sofortige Entlassung Emons aus der Haft.

Den Verteidigern gegenüber hat auch heute der Staatsanwalt keine genauen Angaben über die Emons zur Last gelegten Verleumdungen gemacht. Eine Entscheidung über die eventuelle Haftentlassung Emons ist nach nicht getroffen, sie dürfte aber heute vormittag zu erwarten sein.

Süddeutsche Bankbeamte für den Reichstaxi.

Protest gegen die Verhaftung Emons.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Frankfurt a. M., 1. Juli.
Die Frankfurter Bankbeamtenchaft, der bisheriger Vorsitzender Tenzler, hat sich nach einem Reserat von März einmütig zum Verband des Reichstaxi bekannt. Das Reserat ist in nachstehender Rundschreiben in Nürnberg, Stuttgart und München erschienen.

Marg hat gegen die Verhaftung von Emons telegraphisch bei Bauer und Roske den schärfsten Protest erhoben und ebenfalls den Gewerkschaftskongress zur Solidarität aufgerufen, da sich die Bankbeamtenchaft diesen Schicksal ins Gesicht nicht gefallen lassen werde.

Die Besetzung von Hamburg.

Mit gutem Humor.

Hamburg, 1. Juli.

Offiziell wird mitgeteilt: Die Besetzung des Ostteiles Hamburgs hat sich im allgemeinen ohne Zwischenfall vollzogen. Hauptbahnhof, Rathaus und sonstige Punkte wurden schon am frühen Vormittag von starken Truppenabteilungen besetzt und durch Geschütze und Maschinengewehre gesichert. Traberhaue sperren zur Zeit die näher Umgebung des Rathauses ab. Der Straßenbahnverkehr in der inneren Stadt ist teilweise gesperrt. Das zur Arbeit eilende Publikum erregt die Sperrung mit gutem Humor, denn es fühlte sich unter dem Schutze des Militärs sicher und zieht Vergleiche mit den Tagen an denen der Aufruhr in Hamburg tobte und Gasse und Wandel gänzlich darniederliegen mußten. Die kleinen Veränderungen des Verkehrs werden deshalb gern in den Kauf genommen. Nur an einigen Stellen wurden die Truppen vom Publikum in herausfordernder Weise bestraft. An diesen Stellen schritt das Militär energisch ein.

Der Einmarsch in Altona.

Hamburg, 1. Juli.

Über den Einmarsch der Truppen in Altona wird offiziell folgendes mitgeteilt: Das erste Beyerische Schützenregiment unter Oberstleutnant Dörrig, der durch seine Tätigkeit als Stadtkommandant von München bekannt geworden ist, langte gegen sechs Uhr früh in Altona ein. Die Truppe ist während des Einmarsches wiederholt von den Dächern beschossen worden, so daß sie von der Waise Gebrauch machen mußte. Im allgemeinen ist der Einmarsch ruhig verlaufen. Die Besetzung vollzieht sich planmäßig. Die Operationen des Abzuges West haben unter dem Oberbefehl des Oberleutnants von Bedebour.

Die besondere Aufgabe Lettow-Vorbeds.

Berlin, 1. Juli.

Von „ausländischer“ Seite wird mitgeteilt: der General von Lettow-Vorbed ist nicht als Reichskommissar nach Hamburg gelangt, er ist bevollmächtigt nach Hamburg, um dort militärisch erforderliche Maßnahmen und bei der besonderen Aufgabe, der rechtmäßigen Hamburger Regierung, bestehend aus Ernst und Bürger, die ihr genannte, ungeschändete Arbeitsmöglichkeit wiederherzustellen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sucht den Anschein zu erwecken, als ob wir die Nachricht „frei erkundet“ hätten, daß General von Lettow-Vorbed zum Reichskommissar ernannt worden sei. In Wirklichkeit ist das der Presse von den offiziellen Nachrichtenstellen mitgeteilt worden. General in Hamburg auftritt; die unter welchem Titel der Kommandant von Hamburg, der Rechtssozialist Dampf, zum Reichskommissar ernannt worden sei. Das „Hamburger Echo“ schildert nun die Befugnisse des Herrn Dampf folgendermaßen:

Der Kommandant von Groß-Hamburg, Genosse Dampf, untersteht militärisch dem General v. Lettow-Vorbed, hat aber als Reichskommissar die Möglichkeit und das Recht, gegen eine Militärdiktatur sowie gegen Uebergriffe einzelner Unterführer Einspruch zu erheben und für Abstellung Sorge zu tragen.

Herr Dampf spielt also eine beneidenswerte Rolle; er ist der Untergebene des Generals, hat aber „die Möglichkeit und das Recht“, ein paar Worte zu murmeln. Wer will noch davon zweifeln, daß nunmehr jede gegenrevolutionäre Gefahr gebannt ist?

Streikende in Breslau.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Das Verbot der „Schließlichen Arbeiter-Zeitung“.

Breslau, 1. Juli.

Nachdem am Sonntag die Eisenbahner die Arbeit wieder aufgenommen haben, haben heute auch die Metallarbeiter den Streik für beendet erklärt. Der rechtssozialistische Polizeipräsident hat sich entschlossen, die Verhaftung des Lagerregimentskommandanten damit, daß in Ober-Schlesien Truppen rekrutiert hätten, weil durch den Eisenbahneraufruhr Versorgungsstörungen entstanden wären.

Unser Parteiorgan, die „Schließliche Arbeiter-Zeitung“, bleibt verboten, ja, der kommandierende General hat im Einvernehmen mit dem rechtssozialistischen Staatskommissar Öhring sogar die Erlaubnis erteilt, das Verbot der Zeitung von Breslau auf dem üblichen Wege bekannt zu geben!

Lebensmittelanruhen in Hörde.

Hörde, 1. Juli.

Zu Arzawallen, deren Ursache die hohen Preise für Gemüse und Obst sind, kam es heute in Hörde, wo der Wochenmarkt abgehalten wurde. Die Hörde hat die Stände der Händler, die Waren wurden entwendet und zum Teil zerstört. Dann zog die Menge zu vielen Hunderten durch die Stadt, wo sie in mehrere Geschäfte eindrang und die Waren zum Schleuderpreise verlor. Vor dem Rathaus sammelte sich eine große Menschenmenge an, an die ein Kommunistenführer eine Ansprache hielt. Die Anruhen dauern fort. Nachdem die hohen Preise von Gemüse und Obst in der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni zur Sprache gebracht wurden, setzte die Polizei Höchstpreise fest, die den Händlern nur einen verhältnismäßig geringen Verdienst ließen, doch konnte dies nicht verhindern, daß die seit langem bestehende Erbitterung über die hohen Preise zum Ausbruch kam.

Wilhelm bleibt in Holland.

Amsterdam, 1. Juli.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ wird von offizieller Seite ersucht, die Meldung von einer drohenden Abreise der vorzunehmenden deutschen Karren auf das bestimmte zu lassen.

Allgemeiner Verkehrsstreik.

Unversöhnliche Hege.

Noch nie ist die Lohnbewegung einer Berufsklasse mit so unversöhnlichen Mitteln bekämpft worden wie die Lohnbewegung des Groß-Berliner Verkehrspersonals. Die maßgebenden Stellen, also die Regierung oder die ihr nahe stehenden offiziellen Kreise, spielen alle Rollen der öffentlichen Beeinflussung tagtäglich mit einer Flut von Nachrichten, die alleamt auf Stimmungsmache berechnet sind und die Aufgabe haben, die Bewegung des Berliner Verkehrspersonals herabzusetzen, die Befinnung der Arbeiter und Angestellten zu verdächtigen, ihnen unlautere Motive, böswillige Absichten zu unterstellen. Die offiziellen Schmäcker, die mit dieser wenig angenehmen Aufgabe betraut, beweisen dabei einen derartigen Erfindungsreichtum, daß man daraus nur schlüssen kann, daß bei ihnen die Kriegskünste nach wie vor ihre volle Wirkung ausüben. So behauptet jetzt eine „zuständige Stelle“ über die Streikbewegung:

Es kann wohl kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß unter den verschiedenen Streiks ein bestimmter politischer Wille tätig ist. Möglicherweise ist es, daß die Streikenden in ihren großen Massen tatsächlich der Uebergang sind, es handle sich um einen Lohnkampf. Vielleicht sind auch die Gewerkschaftsführer, soweit sie den Streik überhaupt mitmachen, dieser Meinung. Dennoch sind sie alle in den Händen politischer Machenschaften. Wer die Ausführungen des unabhängigen Exkzips bei der Zusammenkunft der unabhängigen Wahlvereine, die Rede Paul Hoffmanns im Circus Busch sowie die Äußerungen gehört hat, die gestern in den Versammlungen der Eisenbahner fielen, kann keinen Augenblick mehr darüber im unklaren sein, was man auch verheißt mit allen Mitteln auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Arbeiterrepublik hingearbeitet wird. Daß die Wohlgelehrten dieses Abenteuers oft auch von den ächtesten Maßnahmen nicht zurückzureden, beweisen ihre wiederholt aufgestellten Forderungen, auch Lebensmittel- und Post- und Transporte auszusparen. Man will eben das Chaos und die Hungersnot im Lande fördern, um die Arbeiter zu zwingen, sich zu ergeben. Die Berliner Bevölkerung soll nunmehr, da der Frieden geschlossen ist, erschreckt entgegengelassen werden, schlimmer als die des Krieges.

Demgegenüber will die Regierung alles daransetzen, um das deutsche Volk vor solchem Schicksal zu bewahren. Es wird dafür gesorgt werden, daß die erforderlichen Transporte durchgeführt werden können.

Der freie Verkehr, der sich auf den Straßen entwickelt, wird geschützt werden. Jegliche Angriffe auf Fußwege werden ihre Wirkung erfahren. Auch sonst sind alle erforderlichen Vorkehrungen gegen etwaige Unfälle getroffen worden. Im einzelnen kann darauf nicht eingegangen werden, doch darf die Berliner Bevölkerung der Uebergangung sein, daß alles geschehen wird, um die Lebensmittelversorgung Berlins sicherzustellen.

Auch in dieser Meldung wird mit keinem Worte darauf eingegangen, ob die Forderungen der Angestellten berechtigt sind oder nicht. Den Streikenden werden unlautere Absichten unterstellt und im übrigen wird mit der Anwendung von Gewaltmitteln gedroht. Gegen diese Machenschaften protestieren wir auf das allerdrücklichste. Jeder gewerkschaftlich geknüpfte Arbeiter muß sich mit Eifer von diesem Treiben abwenden. Es steht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ohne Beispiel da.

Die Wahrheit über den Verkehrsstreik.

Um den unwahren Berichten der bürgerlichen Zeitungen entgegenzutreten die dem Streik mit aller Gewalt politische Momente unterstellen wollen, sieht sich die Leitung der Straßenbahn- und Hochbahnangestellten zu folgender Erklärung gezwungen:

In den Verhandlungen vom 19. Juni sprachen sich die Straßenbahner für Verlängerung des Lohnprovisoriums bis 30. September aus und verlangten neben einer Regelung des Verkehrs ein einmalige Wirtschaftsbetriebe von 700 M. Da die beiden letzteren Forderungen von den Unternehmern abgelehnt wurden, sagte die im Sportplatz stattgefundene Straßenbahnerversammlung eine Resolution, in der es abgelehnt wurde, die Verhandlungen des Zweigverbandes abzuwarten. Es wurde die Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse gefordert. Das Resultat des Hauptaudienzbeschlusses lehnte die Wirtschaftsanlage ab. Die Forderung sollte von der wirtschaftlichen Seite der Wirtschaftsausschüsse abhängig gemacht und erst in jedem Wochen erneut geprüft werden. Auf so etwas konnten sich die Arbeitnehmer natürlich nicht einlassen. Selbst die Direktoren hatten einen anderen Ausfall des Schlichtungsbeschlusses erwartet. In der Nachversammlung im Gewerkschaftshaus wurde daraufhin der Streik beschlossen. Wenn in der „F. B.“ und im „Tageblatt“ von einem Tarifstreik der Angestelltenverbände gesprochen wird, so muß diesem entschieden entgegengetreten werden. Es ist unklar, wenn behauptet wird, die Verhandlung hätte ihre Mitglieder nicht zum Annehmen des Vertrages angehalten. Wenn also trotzdem der Streik beschlossen wurde, so kann der Verhandlungsbruch unter keinen Umständen der Vorwurf des Vertragsbruchs gemacht werden. Zur Begründung der Forderung sei noch erwähnt, daß laut Zeitungsnachrichten der Vereinigung der Groß-Berliner Straßenbahn nach Abgang der Verkehrs- und Kohlensteuer in den letzten 6 Monaten 12 Millionen Mark betragen hat. Nach Erfüllung der Forderung wäre also immer noch ein Ueberschuß von 14 Millionen geblieben. Bei der Hochbahn wäre sogar nach Erfüllung der Forderungen ein Ueberschuß von 2 Millionen geblieben. Die Dividenden sind bei der Straßenbahn im Jahre 1918 von 4 auf 1 1/2 Prozent und bei der Hochbahn von 3 1/2—5 1/2 Prozent gefallen.

Die Streikenden führen den Kampf auf lokale Weise. Sie haben die Bewachung sämtlicher Gebäude und die Verhinderung der Kohlenhandarbeiten übernommen. Sie appellieren an das Rechtsgesühl der Bevölkerung und betonen noch einmal die rein wirtschaftlichen Gründe des Kampfes. Wegen der wilden Ruhrwerke sind bereits Schritte beim Polizeipräsidenten getan. Eine weitere Verschärfung wird der Streik dadurch erlangen, daß sich die Angestellten der Omnibus-Gesellschaften, deren Forderungen ebenfalls abgelehnt worden sind, voraussichtlich noch heute dem Streik anschließen werden.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn jagt es auf eine Nachprobe angelegt zu haben. Wie sie in der Presse vertritt, rechmet sie nicht mit einer schnellen Beilegung des Streiks. Sie hat keinerlei Neigung, den Forderungen der Angestellten nachzugeben. Sie will vielmehr abwarten, bis die Streikenden von selbst ihr Unrecht einsehen und die Arbeit wieder aufnehmen.

Das ist nach unserer Auffassung nicht der Weg, um zu einer Verständigung zu gelangen. Wie aus der Darstellung der Streikleitung der Straßen- und Hochbahnangestellten hervorgeht, haben die Angestellten erst nach völliger Ueberlegung zu dem Mittel des Streikes gezwungen. Wenn die Direktion der Straßenbahnen jede sachliche Erwägung außer acht läßt und sich auf ihren Herrschaftspunkt begibt, wird sie die angestrebte, die für ihre Forderungen maßgebende Gründe vorzutragen wissen, nicht so leicht zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit bewegen können. Jeder den Unternehmerstandpunkt: Keine Verhandlungen! sind wir heute denn doch hinaus.

Nachdem nun auch die Verhandlungen zwischen den Omnibusangestellten und ihrer Direktion ergebnislos verlaufen sind, wird Berlin von heute ab ohne öffentliche Verkehrsmittel sein. Es ist zu bedauern, daß dieser Zustand eingetreten ist. Allen Anschein nach haben es die Unternehmer auf eine Nachprobe abgesehen. Da die Regierung sich offen hinter die Unternehmer stellt, haben sie leichtes Spiel. Eine beispiellose Debe in der Presse hat eingeleitet. Auf die sachlichen Forderungen der Arbeiter und Angestellten wird mit keinem Worte eingegangen. Den Streikenden werden die gemeinsten politischen Motive unterstellt, damit glaubt man die Bewegung absetzen zu können. Man wird aber dadurch den Geist der Streikenden nur noch mehr steigern und die Basis für etwaige Verhandlungen wesentlich erschweren.

Berlin ohne Verkehrsmitel.

Die Regierung droht ganz offen mit der Anwendung von Gewaltmitteln. Sie will vor allem verhindern, daß die sogenannten wilden Verkehrsmittel irgendwem behindert werden. Die Fuhrwerke, die bisher den Verkehr übernommen haben, treiben aber eine schamlose Ausbeutung des Publikums. Es werden wahre Phantasiepreise verlangt. Auch die Taximeter und Autos verlangen für den Transport Summen, die sich nur ein Kriegsgewinnler leisten kann. Ohne Zweifel sind die Dienste, die durch die wilden Verkehrsmittel verrichtet werden, Streikbrecherarbeit. Wir möchten jedoch die Arbeiter ersuchen, die Ruhe zu bewahren und sich von Ausfärlungen irgendwelcher Art fernzuhalten.

Die Regierung hat bereits ihre Maßnahmen getroffen. Nichts könnte ihr gelegener sein, als ein Anlaß zum bewaffneten Einschreiten gegen die Streikenden. Panzertruppen mobilisiert durchfahren bereits die Stadt, Kavallerie-Parouillen galoppieren die Straßen entlang, an verschiedenen Punkten sind Maschinengewehre aufgestellt, die teilweise ihre Mündungen sogar von den Dächern drohend auf die Passanten richten. Aus diesem Zustande der äußersten Gefahr können wir nur beroukommen, wenn wir eiserne Ruhe und volle Disziplin bewahren und uns auch keinerlei Herausforderungen provozieren lassen.

Streik der Omnibusangestellten.

Zur Zeit schreiben nach, wie die „F. B.“ melden, Vertreter der Omnibusangestellten und ihren Angehörigen hat. Die Gesellschaft hat eine monatliche Zulage von 60 Mark bewilligt, die für zwei Monate zurückzahlen gelte und außerdem für drei Monate im voraus bezahlt werden soll, so daß jeder in den Besitz von 300 Mark am 1. Juli käme und die Lohnhöhe von 60 Mark am 1. Oktober praktisch in Erscheinung treten würde. Die Angestellten, die ursprünglich eine Wirtschaftsbetriebe von 700 Mark gefordert hatten, ermäßigten diese Forderung auf 300 Mark. Die Omnibusgesellschaft will diese Summe nicht bewilligen können, da sie angeblich mit einer Ueberschuldung arbeitet.

Wie wir schon erfahren, ist es auch bei diesen Verhandlungen leider zu einer Einigung nicht gekommen. Mitin streifen von heute ab auch die Omnibusangestellten. Berlin wird also bis zur Beilegung des Streiks völlig ohne Verkehrsmittel sein.

Der „Vorwärts“ fordert 3 m Streikbruch auf.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Zukrist eines langjährigen Parteigenossen, der Eisenbahner ist. In dieser Zukrist werden die üblichen Wäden von den „gemissenen Demagogen“, die die Eisenbahner „belügen“, und ihre „altbewährten Führer“ in Mitleidenschaft zu ziehen versucht, neu aufgestellt. Auf die sachlichen Forderungen der Eisenbahner geht die Zukrist wohlweislich nicht ein. Wohl aber kommt der Einsender zu dem Schluß, daß die Regierung, um Ruhe und Ordnung bei der Eisenbahn zu schaffen, die Arbeitslosen auffordern müsse, sich zur Beilegung bei der Eisenbahn zu melden. Die „unglücklichen Elemente“ sollen auf diese Weise aus den Betrieben handgebrängt und der Eisenbahnbereich durch diesen „Auktand“ wieder auf seine alte Leistungsfähigkeit zurückgebracht werden.

Das ist eine offene Aufforderung zu einem von der „Vorwärts“ geleiteten, von organisierten Streikbruch. Dem „Vorwärts“ gefällt dieser hinterlistige Plan so gut, daß er ihn ohne jeden Kommentar wiederholt. Damit hat nun der „Vorwärts“ glücklicherweise den Niveau der gelben Verbände erreicht. Der von ihm wiedergegebene Plan liegt ohne Zweifel auch in der Absicht der Regierung. Gerade das ist in der heutigen Verberämung der Arbeiterkräfte die Mitteilung gemacht, daß bei den maßgebenden Stellen die Absicht besteht, mit den Eisenbahnern nach „Spandauer Muster“ zu verfahren. Das heißt also man will alle politisch und gewerkschaftlich fortschrittlich denkenden Arbeiter auf die Straße setzen und aus den Eisenbahnbetrieben Domänen für unterwürfige, knechtliche und willkürliche Arbeit machen.

Und eine Regierung, die derartige Pläne in ihrem Wusen trägt, und die auch, wie das „Spandauer Muster“ zeigt, nicht davor zurückschreckt, sie rücksichtslos durchzuführen, — eine solche Regierung mag es, dem Gewerkschaftslogenarech in Nürnberg ein Kundgebungstelegramm zu schicken, das angesichts ihrer Haltung der Arbeiterschaft gegenüber wie eine Verhöhnung des freien gewerkschaftlichen Gedankens wirken muß.

Streikbruch und Willkür bei der Eisenbahn.

Von der Streikleitung des Stettiner Bahnhofs wird mitgeteilt, daß am 30. Juni eine Reihe von Arbeitern des Stettiner Bahnhofs durch Soldaten in ihren Wohnungen aufgefordert wurden, sich beim 11. Reg. Artillerie-Reg. in Stettin zu melden, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Da die Arbeiter sich weigerten, die Arbeit auszuführen und erklärten, erst zu arbeiten, wenn ihre Forderungen vollständig bewilligt sind, bewachte der diensttunende Hauptmann die Aufforderung läßt nicht von der Direktion oder den Werkstättenleitern, sondern allein von dem Eisenbahnminister Orser.

Von der Streikleitung des Bahnhofs Weckow wird berichtet, daß dort in den ersten Streiktagen 2000 Soldaten als Streikbrecher kommandiert wurden. Sie erhielten pro Tag 20 Mark und mußten Rollen verladen. Nachdem sie ein paar Stunden gearbeitet hatten, freiließen sie. Die Streikleitung sah sich daraufhin genötigt, 30 Mark pro Tag zu bezahlen um die Soldaten zum Weiterarbeiten zu bewegen. Inzwischen sollen sie schon wieder 6 Mark Zulage erhalten haben. Es ist anzunehmen, daß die Regierung, wenn es sich um die Bezahlung von Streikbrechern handelt, mit dem Gelde so wenig sparsam umspringt. Nur für die streikenden Arbeiter und Beamten scheint die Geldnot zu gelten. Nebenfalls beweist auch dieses Vorgehen, daß es der Regierung lediglich um eine Nachprobe zu tun ist. Sie will nicht verhandeln, sie will den Herrn im Hause spielen, wie es früher die Schachmeister taten. Was es wolle!

Deutscher Gewerkschaftskongress.

Zweiter Verhandlungstag.

Nürnberg, 1. Juli 1919.

Bei der Eröffnung der Debatte über den Maschinenbauarbeiter, beantragt D. H. Mann-Frankfurt a. Main erneut einen Antrag für und einen gegen die Generalkommission sprechen zu lassen. Der Antrag wird wiederum abgelehnt.

Ernst-Lamoder (Hochbahnarbeiter-Verband) begründet die Entschiedenheit der Vorstandsbesetzung gegen den Maschinenbauarbeiter. Derartige Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeiterrechts dürfen in Zukunft nur noch vorheriger Maßnahme mit Gewerkschaftsvertretern erfolgen. Wenn der gute Wille sich einmühen läßt, daß es eine Generalkommission und einen Verband der Eisenbahner gibt, wäre er nicht in die fatale Lage gekommen, seinen Erfolg nach 48 Stunden wieder aufgeben zu müssen und sich abendheim dem Vorwurf auszuliefern, daß er gegen Arbeiterinteressen gehandelt hätte. (Sehr wahr!) Die Generalkommission halte an der Auffassung fest, daß nicht immerzu gestreift werden dürfe, sondern daß allen Arbeitseinstellungen Vergleichs-Verhandlungen voraussetzen müßten. Nach dem Scheitern der Generalkommission müsse erst recht an dieser alten Taktik festgehalten werden. (Lebte Zustimmung.) Wenn politische Motive hinter dem Eisenbahnerstreik stecken, so habe der Kongress die Pflicht zu erklären, daß die Arbeiterklasse genug politische Machtmittel habe. (Hört! Wo denn!) Von welchem Machtmittel können wohl diese Arbeiter sprechen? Haben wir nicht das freie Wahlrecht der Welt? Haben wir nicht Machtmittel, um die uns die Arbeiterschaft aller Länder beneiden kann. (Stürm. Beifall.)

Schulz-Frankfurt (Hochbahn) begründet eine schärfere Erklärung der Opposition. Die Vorstands-Entscheidung sei tendenziös. Die

Grundsätzlich und Gewaltvoll des Reichswehrministers

betreffe die Praktiken der schlimmsten Reaktion. Das müsse der Kongress brandmarken. Mit der formalen Demokratie könne die Arbeiterklasse nichts anfangen. (Lebte Beifall.)

Rechtler (Hochbahn) vom Herr-Verband der Generalkommission erklärt, den Inhalt des Blattes voll vertreten zu wollen.

Es ist folgende Vertrauensentziehung für die Generalkommission eingegangen: Der Schlichter Konrad stellt nach Votumannahme des Berichtes der Generalkommission über ihre Tätigkeit fest, daß die Generalkommission befreit war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongress weilt daher die in der Öffentlichkeit erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Spiele vertrat, zurückzuweisen. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die grundsätzliche Lösung der Angelegenheiten bestehen können, spricht der Kongress der Generalkommission sein Vertrauen aus.

Den Standpunkt der Opposition vertreten weiter Sellmann (Hochbahn) (Eisenbahner-Verband) und Heinz (Hochbahn) (Hochbahn-Verband). Der Kommunist Ulrich-Gewinn ruft: Es ist eine Schande, daß wir einen Kongress als Gewerkschaftsmittelpunkt haben! (Stürm. Beifall links und große Unruhe.)

Reichswehrminister Robert Schmidt: Die Opposition hat uns noch immer nicht gesagt, was wir am 4. August einseitig anders hätten tun sollen. Diese Proteste konnten doch das Unheil nicht aufhalten. Mein Gewisse der Opposition hat sich am 1. August bereit erklärt, unter einer Verantwortung den Generalkongress und die Arbeiter zu verurteilen. Welche Nacht über die alte Regierung war noch immer größer als die Nacht unserer Parteigenossen in England und Frankreich. (Lebte Zustimmung und stürm. Beifall.) Wir haben die Väter zu internationalen Konferenzen bekommen, die Genossen des Auslandes nicht. Wir haben unsere Pflicht erfüllt gegenüber der deutschen Arbeiterschaft und gegenüber der Internationalen. (Stürm. anhaltender Beifall.)

Stürmer-Mannheim (Hochbahn-Verband) begründet einen Antrag auf Beilegung der Generalkommission, Aufhebung der Arbeitseinstellung mit den Unternehmern und Anerkennung des Rückstandes unter festigen Angriffen gegen Regierung und Generalkommission. (Hört! Ockredner!)

Kramer-Düsseldorf (Hochbahn-Verband): Das Korrespondenzblatt darf sich nicht in den politischen Parteistreit einmischen.

Toll-Verlin empfiehlt einen Antrag der Hochbahnarbeiter in Remagen gegen die Generalkommission und die für beitzugewinnenden. Diese hätten nur die Arbeiter in wirtschaftlicher Ansehung. Die Generalkommission untergrabe die Revolution und reize das Kapital.

Die Berliner Arbeiterräte gegen die Gewaltherrschaft.

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

Schauspiel: Ich kann die Politik der Generalkommission...

In der gestrigen Vollversammlung der Arbeiterräte...

1. Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte...

2. Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte...

3. Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte...

Die Vollversammlung selbst wurde durch Probst (S. P. D.)...

Als erster Redner nahm Däumig das Wort. Er schilderte...

Das ist ein wenig erhebendes Vorgänge in Weimar beim...

Dasein und das Warten der Gegenrevolution...

In dieser Zeit scharten sich alle Kräfte zusammen, um aus dem...

Dann die Militärs. Es ist nicht richtig, sie alle mit dem...

Aber die jungen Offiziere, die von der Schulbank ins Feld...

Wir wollen keinen Anlaß zu ähnlichen Maßnahmen geben...

Man hat gegen die Kräfte der Feste, die da brodeln und...

Man gibt der Garde-Kavallerie-Säulen-Division die weit...

Die ganze Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder, die De...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Ich kann wohl versichern im Namen der beiden linksstehenden...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Wenn man uns auch alles entzieht, die Räume, die Substitutions...

Krenische Landesversammlung.

87. Sitzung vom 1. Juli, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen.

Auf Anfrage Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.) wegen eines Vor...

Auf eine Anfrage des Hrn. Tegeteder (D. M. P.) wegen...

Auf Anfrage des Hrn. Tegeteder (D. M. P.) wegen...

Auf eine Anfrage des Hrn. Tegeteder (D. M. P.) wegen...

Auf eine Anfrage des Hrn. Tegeteder (D. M. P.) wegen...

Auf eine Anfrage des Hrn. Tegeteder (D. M. P.) wegen...

Wahnen können herangezogen werden mit der Aufschrift: Es
lebe die Diktatur des Proletariats und: Jeder mit der Regie-
rung! Daraus allein schon ergab sich, daß politische Momente
zugrunde lagen. Die Regierung habe einen Kommissar zur
Untersuchung abgeordnet.

Ein Antrag der Demokraten betreffend Annahme
eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Straf-
milderung bei ehrenrührigen Taten und Verbrechen gegen
Anerkennung wurde nach kurzer Debatte in zwei Lesungen angenom-
men. Abg. Dr. Wehl (L. S.) hatte im Laufe der Debatte
grundsätzlich die Befreiung der ganzen Ehrenrührigkeit verlan-
gt, die in einem modernen Rechtsstaat nicht mehr hincinpaßt.
Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über
weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsaus-
gaben der Gemeinden und Gemeinverbände. Die Vorlage
ward einstimmig angenommen, nachdem die Abg. Sprenger
(Centr.), Frau Ege (Soz.), Dr. Wehl (L. S.) und Cappel
(Dem.) eine Erhöhung des in der Vorlage vorgesehenen Betrages
von 100 Millionen Mark befristet hatten.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betreffend
Kommunifizierung der Alltagsgesellschaft Charlottenburger Wasser-
werke.

In der Debatte darüber führt Abg. Rosenfeld (L. S.)
aus: Wir bedauern, daß dem Hause eine Neuordnung der Ge-
meinde- und Stadtordnungen, ein allgemeines Gesetz über
Sozialversicherung und Kommunalisierung bisher noch nicht vorgelegt
worden ist. Nichts desto trotz wird sich eine Vorlage unter-
breiten, die nur in einem einzigen Fall eine Abweichung vorsieht.
Nämlich Sozialversicherung ist ein Ausnahmefall. Zu verlan-
gen, daß dabei das Privatvermögen unangefastet bleibe, ist eine
glatte Unmöglichkeit. Wir werden im Hinblick darauf hinwir-
ken, daß der Entwurf kein Hindernis für eine großzügige Ein-
gemeinderungsmaßnahme bildet. (Beifall links.)

Die Vorlage wird an einen besonderen Ausschuss von 21 Mit-
gliedern verwiesen und darauf die Aussprache über den
Etat der Justizverwaltung

fortgesetzt.
Justizminister Km. Behnhoff: Es ist der feste Wille der
Regierung, daß die Beamtenausfälle nicht bloß auf dem Papier
stehen. Der Gedanke, Rechtsmittel als Richter zu nehmen,
ist mir durchaus sympathisch, aber praktisch nicht durch-
führbar.

Abg. Deereberg (Nat.): In Preußen und Deutschland
herrscht keine Klassenjustiz. (Lebhafter Widerspruch bei
den Soz.) Die Klassenjustiz betreiben Sie (zu den Soz.) (Große
Unruhe links.) Das Wahrscheinlichste wäre die Justiz zum Arbeits-
scheidungspunkt politischer Kämpfe machen. Im Prozeß gegen die
angeblichen Mörder von Liebeck und Rosa Luxemburg hat
man deutlich die politische Kinstellung auch bei der Staats-
anwaltschaft wahrnehmen können.

Abg. Stenel (D. Sp.): Wie kann man behaupten, daß die
Revolution ein Segen für unser Volk gewesen ist? Die Mehrheit
des Volkes steht in der Revolution ein Verbrechen. (Große Un-
ruhe rechts.) Wenn ein Antrag des Berliner Volkstages
rats auf Haftentlassung nicht beachtet wurde, so sagen
wir: Gott sei Dank, daß es noch Richter in Berlin gibt, die
sich in ihren Kräm nicht hineinreden lassen.

Die Sitzung wird darauf vertagt.

Gewerkschaftliches.

Carlisbewegung im Photographengewerbe.

Der in sechs Verhandlungen mit den Verbandvertretern be-
zogene Tarif wurde in der vom 19. u. 19. stattgefundenen Innungs-
versammlung abgelehnt. Die einseitige Art der Ausführungen
sowie das beherrschende Wesen der Prinzipale haben den Ge-
werkschaftsvertretern bewiesen, daß es um die Arbeitge-
meinschaft im vorläufig schlechtem bestellt ist.
Die zum Schluß der letzten Verhandlung seitens der Prin-
zipale gegebene Zusicherung, daß der Tarif der Prinzipal-
versammlung ohne jede Beeinflussung der Prinzipale vor-
gelegt werden sollte, hinderte gewisse Arbeitgeber nicht, die an-
wesenden Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften. Man will den
Tarif nur mit dem Gehilfen-Ausschuss der Innung
abstimmen — natürlich laut Reichsordnung über Tarif-
abschlüsse vom 23. 12. 18. Reichsgesetzblatt S. 1456, Absatz C
Somit indes der Gehilfen-Ausschuss als Tarifkontrollant nicht in
Frage. Die bei den März-Innungen geträumten Schaulast-
schreiben wurden von Prinzipalen als Beugnis für den „Terror“
der Gewerkschaft angesehen! Doch diese „Bücherei“ seinerzeit
das Lockangebot mit lehrbuchähnlicher Auffassung über Ver-
bandangehörigen, beantworteten wollen — In natürlich kein
„Terror“! Heber die ihr zugehörige Organisationsform und
über alles, was der Gewerkschaft dienlich erscheint, wird ledig-
lich diese allein zu entscheiden haben, auch wenn der eigen-
artige „Sozialismus“, zu dem sich einige Arbeitgeber bekennen,
und die vorläufige Bewilligung der Tarifkämpfe einen Teil
in das Wesen der festorganisierten Gewerkschaft zu treiben ver-
suchen. In einer Versammlung am 20. u. 19. hat die Gewerkschaft
bereits hierzu Stellung genommen und bedauert, daß ge-
willenslose Quertreibern den gütlichen Abschluß dieses so dring-
lichen Tarifes zu vereiteln wählten.

Weitere Mahnung bei der Reichshelldruckwerke. Zu
unserer Kenntnis in Nummer 305 (Abendausgabe) über die Mah-
nung des Arbeiterrats Herrn Dr. Kaplan schreibt uns dieser:
Ich habe nicht die Korruption der W. I. durch welche die
Reichshelldruckwerke von Kommunalverbänden zugewiesen wird, auf-
gedeckt, sondern nur zur Sprache gebracht. Es ist bezeichnend
für den jetzigen Leiter der Stelle, den jactam bekannten
Bürokraten Haselau, daß er heute, am 20. Juni, auch den
wissenschaftlichen Mitarbeiter Herrn Kurt Schmidt, der die
großen Maßstäbe in seiner Abteilung ausgedeckt
hat, unter einem ganz ähnlichen Vorwand ebenfalls
fristlos entlassen hat. Solche fristlosen Entlassungen
verleihen Herr Haselau freilich, wenn er weiß, daß der
Arbeiter-Ausschuss seine Zustimmung zu einer normalen
Kündigung nicht erteilen würde. Herr Schmidt ist Auslands-
bewerber und dürfte als solcher von den Bestimmungen
des § 9 der Verordnung vom 24. 1. 1910 nicht ohne weiteres
gekündigt werden. Seine „Verfehlung“ besteht darin, daß er
sich bereit erklärt hat, zu beweisen, in welchen Beziehungen
der Leiter der oben erwähnten Abteilung, der Stadtrat a. D.
Dopf, zu der Bureauvorherrin steht, die sich seine Liebergriffe
herausgenommen hat, auf deren Abstellung Herr Schmidt
und der Angestellten-Ausschuss im Interesse der Reichs-
hellschuldung selbst die Leitung dieser Stelle auf-
merksam gemacht haben. Herr Schmidt hat heute die An-
gelegenheit dem Herrn Reichsminister unterbreitet,
dem dieser Tage noch ein weiterer Bericht über Schiebungen,
die in der Abteilung H. mit einem bekannten Dieferant in
Breslau vorgekommen sind, zugehen wird.

Die Arbeiter der Hannoverschen Grunewald haben dem Berliner
Arbeiterverband durch ihre Organisation, dem Deutschen Transport-
arbeiterverband, unter dem 5. Mai Forderungen auf tarifliche
Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbreitet. In die
feudalen Herren im Berliner Arbeiterverband kein Verständnis für
die Lage der Arbeiter haben, wollen sie die Forderungen der
Arbeiter nicht ablehnen. Die Arbeiterkraft hat nunmehr be-
schlossen, wenn bis Mittwoch keine endgültige Regelung erfolgt ist,
in den Streik zu treten.

Der Streik der Arbeiter bei der Firma Ferd. Köhler
in Berlin beendet. In die Gewerkschaften jede Verhandlung
über einen Hausarbeitsvertrag abgelehnt hatte, haben die Angestellten

durch ihren Ausschuss den Schlichtungs-Ausschuss Groß-Berlin er-
zeugen. Am 27. Juni 1910 ist es zu einem Vergleich zwischen
den Angestellten gekommen.

Gegen die Mahnung des Arbeiter-Ausschusses Dr. Kapell
protestieren die Vereinigten Angestellten-Ausschüsse der Spandauer
Heeresbetriebe auf das Schärfe.

Groß-Berlin.

Kriegslust im Polizeipräsidium.

Die Angst der augenblicklichen Nachtbilder vor frem-
der Sturz treibt recht absonderliche Blüten. Das Polizeipräsi-
dium am Alexanderplatz ist nach einer Vorankündigung
in ein mit allen technischen Raffinements ausgestattete
Festung verwandelt. Die beiden Eingänge rechts und links,
die noch vor kurzem dem Verkehr freigegeben waren, sind
mit dichten Stacheldrahtverhauen verbarri-
kadert. Der Zutritt ins Präsidium ist nur durch den Hof
gestattet. Durch die geöffneten Fenster im ersten Stockwerk
blicken drohend die Mündungen von Maschin-
gewehren und Revolverkanonen in die Höhe. Die
Gegend um das Polizeipräsidium wird unaufhörlich von
starken Abteilungen Freiwilliger durchzogen, die für die
gewünschte Erregung der stehenden Posten sorgen. Die
denkenden Arbeiter beklagen sich nur über derartige „Vor-
sichtsmaßnahmen“. Bei der gegenwärtigen Beherrschung
der Straße durch Schießpulver tun sie indessen auf, die Ver-
kehrung mit den Belagerungstruppen auf dem Alexander-
platz zu vermeiden. Wie die Januarkämpfe gezeigt haben, ist
der belagerte Alexanderplatz eine Mausefalle, aus der
es schlecht ein Entrinnen gibt. Die Arbeiter sind nicht so
dumm, ein zweites Mal sich in diese Falle locken zu lassen.

Ist die Fleischversorgung Groß-Berlins gesichert?

Die Frage der künftigen Fleischversorgung Groß-Berlins
scheint, wie uns der Zentralverband der Fleischer schreibt, an
Reizigkeit scheitern zu sollen. Bis zum 1. Juli besteht ein
Zarverhältnis zwischen dem Zentralverband der Fleischer und
der Großfleischerei-Gesellschaft, die im Auftrag des Reichs-
rats die Schlachtungen ausführt. Das Zarverhältnis ent-
hält den Organisationsplan. Bei den Verhandlungen über den
Neuabschluss wurde volle Einmütigkeit zwischen den beiden Tar-
kонтрабандanten erzielt. Der Organisationsplan wurde vom
Zentralverband der Fleischer angenommen, da mit Ausnahme einer
kleinen Gruppe, die sich den Christen angeschlossen haben, alles
organisiert ist.

Die Arbeitsvermittlung liegt in den Händen des Zentral-
verbandes der Fleischer, solange der partielle Nachweis-
nachweis von der Stadt Berlin nicht erteilt ist. Um auch hier
für die kurze Zeit bis zur Errichtung des partiellen Nach-
weisnachweises den Vorwurf einer Parteilichkeit zu vermeiden,
ist zwischen beiden Kontrahenten vereinbart, ab 1. Juli eine Kom-
mission von 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern einzusetzen,
die den Nachweis erteilt und kontrolliert.

Nun kommt Herr Stadtrat Berndt als Gegner und
verweigert seine Zustimmung zum Verträge, im Auf-
trag der Stadt, weil der kleinen Gruppe der Christen eine direkte
Vertretung in der Verwaltung des Nachweises nicht zugestimmt ist.
Auf Einspruch der Christen verweigert Herr Stadtrat Berndt
seine Zustimmung ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, die
nach dem 1. Juli auf dem Reichshofentstehen, wenn
es nicht zur Einigung kommt. Der Hinweis, daß eine kurz be-
schlossene öffentliche Versammlung am 20. Juni, an der auch die
kleine Gruppe der Christen vertreten war, einstimmig dem
Verträge die Zustimmung erteilt hat und daß die Christen, die
selbst in der Diskussion sprachen, kein Wort des Widerspruchs
gegen die Regelung der Nachweisfrage erhoben, genügt dem Stadt-
rat nicht, er bleibt bei der Weigerung, komme was da will.

Es ist doch sehr gewagt, die Fleischversorgung Groß-Berlins
dabei abhängig zu machen, daß eine kleinere Minderheit eine
direkte Vertretung im Nachweisnachweis erhält, die sie selbst in der
öffentlichen Versammlung nicht beantragt hat, sondern nach-
träglich forderte. Dazu war in der Versammlung Gelegenheit
genug vorhanden, zumal die öffentliche Versammlung ausdies-
halb zu diesem Zwecke einberufen war, Tagesordnung und Besann-
gabe in ausgiebiger Weise erfolgte, die Christen selbst von den
Arbeitgebern über den Zweck der Versammlung benachrichtigt
wurden. Ob die Stadt Berlin mit der Stellungnahme ihres
Stadtrat Berndt einverstanden ist, muß füglich bezweifelt werden.

Eine amtl. Lüge.

Keine Rossfährten in Lichtenberg.

Gestern wurde amtlich folgende Nachricht verbreitet:

Bei der Befreyung des Reichshofentstehens Lichtenberg
durch ein Kommando der Reichshofentstehens wurden mehrere
Wagnis mit Pferden, Ochsen und Kleinvieh vorgefunden, die
anscheinend schon längere Zeit dort gestanden hatten, ohne daß
sich jemand um die Tiere gekümmert hätte. Eine Anzahl
Tiere war bereits beredet, andere konnten nur durch
Kraftschlacht der Gemeinbeit nutzbar gemacht werden.
Dem schnellen Eingreifen der Soldaten gelang es, die übrigen
Tiere vor dem völligen Verderben zu retten. Leider ist dieser
Vorfall — eine Folge des Eisenbahnerstreiks —
nicht der einzige seiner Art.

Wie uns von dort geschäftigen Arbeitern mitteilt wird, ist
diese Meldung von Anfang bis Ende erlogen. Die Lebensmittel-
wagen sind auch während des Streiks sofort abgefristigt worden.
Keine einzige Kraftschlacht ist vorgekommen. Beim
Monieren eines Pferdetransportwagens ereignete sich aber ein
Anfall, wodurch Pferde beschädigt wurden. Regierungstruppen
waren gleich dabei, die Tiere zu erschießen. Sie wurden aber von
den Eisenbahnarbeitern davor gebühret.

Ueber Lichtenberg scheint man in gewissen Kreisen mit Vor-
liebe falschen Schwindel verbreiten zu wollen.

Wärgergarben als Rabaukbrüder. Aus Mangel an-
derzeitiger Betätigung vergnügten sich eines Abends der vorigen
Woche sechs Mitglieder der Städtischen Einwohnerversammlung auf
Pauz-
wärgergarben mit Heranzugung obenstehender Explosiven.
Erschreckt fuhren die teils schon im Schlafe liegenden Bürger
aus den Häusern. Statt der erwarteten Sozialisten fanden
sie eine Parodie der Städtischen Einwohnerversammlung, die bis an die
Türschwelle bewacht war. Als man diese Ordnungshüter zur Or-
dnung rief, zeigten sie Miene, die Waffe gegen das Publikum zu
gebrauchen. Dieser Vorgang hat auch dem bonetten Bürgerium
von Stetig die Augen geöffnet über den wahren Wert der Ein-
wohnerversammlung als Schlichter der Ordnung und Sicherheit.

Wasnot wegen Beamtenmangel? Von verschiedenen Seiten
wird uns mitgeteilt, daß die Benutzung des Bades in Wohnungen
oft nicht möglich sei, weil die Wasserversorgung nicht rechtzeitig ge-
deckt werden. Auf wiederholte Befragungen erteilte die Wasser-
schöpf die Antwort, daß sie nicht genügend Personal zur Verfügung
habe. Mäng dieser Weise ist im Zeichen der Arbeitslosigkeit nicht
wie ein kleiner Witz?

Rennen gesucht. Passanten, die am 8. Mai, abends 7 Uhr, an
der Kreuzung Strom- und Turmstraße, das Heberfahren eines

Mindes mit einer Privatdrohke gesehen haben, werden um Aus-
gabe ihrer Adresse gebeten. O. König, Bremer Str. 48, Eilbe. II.
Keine Arbeitslosenkontrolle. Mit Rücksicht auf die Infolge des
Streiks der Straßenbahnangestellten existierenden Verkehrs-
schwierigkeiten wird für die Dauer des Streiks auf das Verhängen
des Kontrollstempels von der Erwerbslosenfürsorge verzichtet.

Lebensmittel für politische Gefangene können von Angehöri-
gen mit Ausweis Mittwache und Freitag nachmittags von 4 bis
6 Uhr Spidelerstraße 3/3, Hof II, Bureau L. S. & D. abgeholt
werden.

Lebensmittellieferanten.

Berlin. Rötterstellung: Die Preise in der Bezirke der St.
101, 70, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 83, 84, 131, 132, 201, 202,
211, und 209. Brotkommission geleitet von Geschäften 135 Gramm 1/2 kg.
— Auf Vollmacht 33 2/3 Gramm Natriumchlorid. Anmeldung von Mitt-
wache bis Freitag.

Bereine und Versammlungen.

(Erste Zeile 1 Mk., zweite Zeile 1/2 Mk. In Zukunft nur zwei
Zeilen zulässig.)

Aktion Arbeiter! Infolge der letzten Verheerungen in
das Bureau von morgen 8 bis nachmittags 4 Uhr ununterbrochen
geöffnet. Nach 4 Uhr sowie Sonnabends nachmittags bleibt das
Bureau geschlossen.

Angestellten-Ausschüsse der Spandauer Heeresbetriebe. Donners-
tag, den 2. Juli, nachm. 4 Uhr, Sitzung „Rosa Welt“, Spandau, Tele-
tender Str. 2.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Bezirk Ostb.,
Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 2. Juli, 7 1/2 Uhr, in der
Vierstraße 105. Tagesordnung: Bericht über
den Jahresabschluss und die Tarifverhandlungen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Spandau. Mit-
woch, den 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im
Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Handlungsgehilfen- und -arbeiterinnen der Textilindustrie. Donners-
tag, abends 6 Uhr, Besprechung im „Königsplatz“-Kaffeehaus,
Königsplatz 72. Bericht über den Jahresabschluss.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemn., Chemn.,
Verbandsrat. 1. Sitzung am 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im
Königsplatz-Kaffeehaus. Tagesordnung: Bericht über den Jahresabschluss
und die Tarifverhandlungen. Tagesordnung: Bericht über den Jahresabschluss
und die Tarifverhandlungen. Tagesordnung: Bericht über den Jahresabschluss
und die Tarifverhandlungen.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

Angestellten-Ausschüsse der Gewerkschaften und gewerkschaftlich
tätigen Betriebe. Freitag, nachmittags 4 Uhr, Berliner Rathaus
Saal 100, Sitzung: 1. Besprechungen. 2. Die Organisation
der Besprechungen zum Tarifvertrag für Groß-Berlin.

Handlungsgehilfen Berlin und Umgebungs. Donnerstag, nachmittags
4 Uhr, im Restaurant „Schöneberg“, Bahnhofsstraße. Vortrag des Geschäftsführers
H. Müller. Wichtige Tagesordnung.

